Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 83.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 49 | Sonnabend, den 27. Februar 1932 | 27. Jahrgang

Große Kanzlerrede im Reichstag

Scharfe Abwehrrede Brünings — Starkes Bekenntnis zu Hindenburg

Der Sitzungsverlauf

Berlin, 25. Februar. Im Reichstag wurde am Donnerstag die große politische Aussprache fortgesetzt.

Präsident Löbe bittet bei Eröffnung der Sitzung die Abgeordneten, sich darauf einzurichten, daß heute die Sitzung länger dauern und morgen die Beratung früher beginnen wird, weil die Abstimmungen unter allen Umständen am Freitag abend erledigt sein sollen.

In der Fortsetzung der Aussprache über die Reichspräsidentenwahl spricht

Abg. Leicht (B. V.)

Er meint, der nationalsozialistische Abg. Rosenberg habe mit seiner Prophezeiung der Hitler-Präsidentschaft sich auf ein sehr gefährliches Gebiet begeben. Diese Prophezeiung wird nicht eintreffen, denn das Volk hat nur einen Mann wie Hindenburg, der nicht nur getrommelt, sondern auch gearbeitet und geopfert hat für das deutsche Volk. (Lebhafter Beifall.) Gegen Hindenburg steht die sogenannte „nationale Opposition". (Rufe rechts: Sogenannte?) Wollen Sie etwa dem Grafen Westarp und anderen Männern der Rechten die nationale Gesinnung absprechen? (Sehr gut.) Einig ist die Harzburger Front nur in der Ablehnung Hindenburgs, nicht aber in der positiven Einstellung. Die Parole, die Reichspräsident von Hindenburg bei der Annahme der Kandidatur ausgegeben hat, müßte die allgemeine nationale Parole sein: Freiheit und Gleichberechtigung nach außen, Einigkeit und Geschlossenheit nach innen! Er schloß: Wir geben die Parole aus: Für Hindenburg und seinen Sieg am 13. März! (Beifall.)

Darauf nimmt unter allgemeiner Spannung

Reichskanzler Dr. Brüning

das Wort. — Von den Kommunisten kommen Rufe: „Hungerkanzler!" Der Präsident ruft deswegen den Abg. Ulbricht (Komm.) zur Ordnung.

Reichskanzler Dr. Brüning geht zunächst auf die Außenpolitik ein und führt dazu aus: Die Lage ist außenpolitisch so gespannt wie selten zuvor. Die Situation ändert sich von Tag zu Tag. Von Tag zu Tag können Ereignisse eintreten, die neue Maßnahmen jeder einzelnen Regierung erforderlich machen können. Wir leben in einer Zeit mit gleicher Nervenanspannung wie im Kriege. Es ist tatsächlich schon ein blinder Krieg in wirtschaftlicher Beziehung in der ganzen Welt entbrannt. In einer solchen Zeit kommt alles darauf an,

mit Kaltblütigkeit und ohne Rücksicht auf innere Agitation

die Sache des Landes zu betrachten, zu formulieren und zu verteidigen. Wenn man Kritik übte an meinem Auftreten in Genf, so will ich, ohne näher auf die Einzelheiten einzugehen, vor allem ein ganz klares Wort grundsätzlich aussprechen: Ich werde mich nie dazu verleiten lassen, eine Prestigepolitik zu machen mit Rücksicht auf Agitationsbedürfnisse im Innern, wodurch die Lebensinteressen des deutschen Volkes auf lange Sicht gefährdet werden könnten. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.) Diese Stellungnahme wird in der Welt auch verstanden. (Lärm rechts und Rufe „Siehe Litauen!) Es würde aber eine ganz andere Kraft hinter dieser Politik stehen, wenn das deutsche Volk sich entschließen könnte, in entscheidenden Punkten der Außenpolitik auf innerpolitische Auseinandersetzungen zu verzichten. (Lebhafte Kundgebungen in der Mitte, Lärm bei den Natsoz.). Sie (zu den Nationalsozialisten) haben gestern eine ziemlich oberflächliche Kritik an der Außenpolitik geübt. (Sehr wahr!) Sie hätten besser daran getan, vorgestern und gestern dieses Schauspiel nicht der Welt zu geben. (Zustimmung.) Im Vordergrunde des Interesses steht jetzt vor allem auch die ostasiatische Frage. (Widerspruch rechts und Rufe: „Das Memelland".) Wie Sie (zu den Nationalsozialisten) gestern selber hervorgehoben haben, ist dies tatsächlich der Fall, zumal auch aus ihrer Lösung und Behandlung Folgerungen gezogen werden auf andere Fragen, die uns regional und menschlich näher liegen. (Beifall.) Die Reichsregierung verfolgt mit steigender Besorgnis

die Vorgänge in Ostasien,

die den Frieden zwischen China und Japan erschüttert haben und zu weiteren Komplikationen führen können. (Lärmende Zurufe bei den Kom.) Die freundschaftlichen Beziehungen, die Deutschland zu beiden Staaten unterhält, das Interesse des deutschen Handels an der Aufrechterhaltung friedlicher Zustände im fernen Osten und nicht zuletzt unsere Zugehörigkeit zum Völkerbund und unsere Stellung als ständiges Ratsmitglied machen es der Reichsregierung zur Pflicht, sich mit ganzer Kraft für eine friedliche Beilegung des Konfliktes einzusetzen. (Beifall.) Die Reichsregierung hat sich daher an allen darauf abzielenden internationalen Bemühungen beteiligt. Sie hat insbesondere an der Entsendung einer Untersuchungskommission des Völkerbundes mitgewirkt (Lachen bei den Natsoz.) und sich den Vorschlägen der britischen und amerikanischen Regierung zu einer Beilegung des Konfliktes angeschlossen. Die deutsche Regierung hat dabei stets zu berücksichtigen, daß die Lage in China von der der übrigen Mächte sich rechtlich dadurch unterscheidet, daß Deutschland auf die Exterritorialität in China verzichtet hat. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß es den Bemühungen des Völkerbundes und der großen Nationen gelingen wird, den Feindseligkeiten Einhalt zu gebieten und bald den Weg zu einer friedlichen Lösung zu finden. (Lachen und Lärm bei den Natsoz. und Komm.).

Die bedrohliche Lage in Schanghai

hat der Reichsregierung Veranlassung gegeben, Maßnahmen für eine etwa notwendig werdende Wegschaffung der dort ansässigen Reichsdeutschen, insbesondere der Frauen und Kinder, zu treffen. In der

Memelfrage

sind hier scharfe und unberechtigte Kritiken an dem deutschen Gesandten in Kowno geübt worden. Der Gesandte Morath, der 5 Jahre lang auf dem schwierigen Posten in Kowno unter wenig erfreulichen Umständen unermüdlich die deutschen Interessen wahrgenommen hat, verdient nicht diese Kritik. Auf alle Fälle sollte im gegenwärtigen Moment, wo der Gesandte an exponierter Stelle die Interessen des Deutschen Reiches zu vertreten hat, er, um wirken zu können, solchen Angriffen nicht ausgesetzt sein. (Beifall in der Mitte, Lärm bei den Natsoz. und Rufe: „Wann treten Sie ab?") Ich muß es auch ablehnen, auf Angriffe der litauischen Regierung, die ich für unverantwortlich und vertragswidrig halte, mit vorzeitigen Repressivmaßnahmen zu reagieren. (Lebhafte Zurufe b. d. Natsoz.) Ich habe ausdrücklich betont, mit vorzeitigen Repressivmaßnahmen! Im Memelgebiet kämpft eine tapfere seit 700 Jahren deutsche Bevölkerung um die Wahrung ihrer autonomen Rechte und Erhaltung ihrer Kultur und Tradition. Die deutsche Regierung hat den ihr als Ratsstaat vom Statut gewiesenen Weg beschritten. Es wird sich jetzt zeigen, ob die litauische Regierung normale Zustände im Memelgebiet herstellen wird, ob sie sich an ihre internationalen Verpflichtungen halten wird.

Ich werde nicht zögern, Repressivmaßnahmen gegen Litauen zu ergreifen, wenn die Umstände es im richtigen Augenblick erforderlich machen. (Beifall.)

Die Amtsniederlegung durch Herrn Böttcher ist durch seine freie Initiative ohne irgend eine Einwirkung von deutscher Seite erfolgt. Es hat mich eigentümlich berührt, daß bei einer so ernsten Frage der Abg. Rosenberg die Behauptung aufgestellt hat, daß 40—50 Prozent des Personals der deutschen Gesandtschaft in Kowno litauische Staatsangehörige seien. **Unter den Angestellten befindet sich eine Dolmetscherin, die, als Reichsdeutsche geboren, einen sogenannten Balten geheiratet hat.** (Stürmische Heiterkeit und Rufe: „Rosenberg ist ja auch ein Balte!) Dann ist dort ein litauischer Bote beschäftigt, ein baltischer Pförtner und ein baltischer Hilfsbote. (Große Heiterkeit.) Gegenüber dem deutschnationalen Abgeordneten von Freytagh-Loringhoven bemerkt der Kanzler, die Reichsregierung habe die Verhandlungen über den russisch-polnischen Pakt mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Er fährt fort: Ich kann der vom Abg. von Freytagh erwähnten Befürchtung nicht zustimmen. Falls Polen einen dritten Staat angreift, besitzt Rußland nämlich gemäß Artikel 2 des Vertrages Handlungsfreiheit, und es besteht deshalb kein Anlaß, im deutsch-russischen Verhältnis eine Aenderung eintreten zu lassen. Zu den Aeußerungen des Abg. von Freytagh hinsichtlich der Zollunion betont der Kanzler, es sei bereits jetzt Gemeingut aller wirtschaftlich und politisch Einsichtigen in Europa, daß Oesterreich auf seinem eigenen Wirtschaftsraum nicht selbständig wirtschaftlich bestehen könne. Der Kanzler erinnert an den in dieser Richtung ergangenen Beschluß der Finanzkommission des Völkerbundes und fügt hinzu: Die Reichsregierung ist auch heute bereit, an allen Maßnahmen teilzunehmen, die auf Grund des Gutachtens der Finanzkommission ins Auge gefaßt werden sollten, um die wirtschaftliche Lage Oesterreichs zu erleichtern. (Sehr gut! bei der Mehrheit. Rufe rechts: Soweit Frankreich es erlaubt!) Der Abg. von Freytagh hat weiter versucht, Meinungsverschiedenheiten zwischen Herrn Curtius und mir während der Genfer Ratstagung herauszusuchen. (Abg. von Freytagh: Ich habe nicht versucht, sondern nur nach Meinungsverschiedenheiten gefragt!) Grundsätzlich und in den allgemeinen Dingen bestand zwischen uns volle Uebereinstimmung. Bei der sprunghaften Entwickelung der österreichischen Wirtschaftskrise und der wirtschaftlichen Verhältnisse überhaupt, mußte es dem Reichsaußenminister überlassen bleiben, den Erfordernissen der Verständigung innerhalb der gezogenen Linie nach eigenem Ermessen Rechnung zu tragen. Ueber den Verlauf der Möglichkeiten der Genfer Abrüstungskonferenz heute schon zu urteilen, scheint mir verfrüht, die Ansicht des Abg. von Freytagh über das bisherige Ergebnis in Genf wird aber von weiten Kreisen nicht geteilt, besonders nicht vom Ausland. Herr von Freytagh hat anscheinend entweder meine Rede nicht gelesen oder kein Verständnis für Formulierungen, die eine deutliche und klare kritische Stellungnahme gegenüber den Vorschlägen bedeuteten. (Lärm rechts.)

Die in- und ausländische Presse hat ebenfalls mit ganz wenigen Ausnahmen den Sinn meiner Genfer Abrüstungsrede einwandfrei verstanden. (Beifall bei der Mehrheit, Lärm rechts.) Der Konventionsentwurf der Vorbereitenden Abrüstungskommission wurde auch gestern nicht als Diskussionsgrundlage genommen, sondern nur als Rahmen. Gegenüber dem Abg. Rosenberg und seiner gestrigen außenpolitischen Kritik erklärt der Kanzler, er finde es eigentümlich, daß Mitglieder des Reichstages, die sich im Inland an Kritik nicht genug tun könnten, gegenüber ausländischen Pressevertretern eine ganz entgegengesetzte Haltung einnehmen. (Hört! Hört!) Der Führer einer Oppositionspartei, so fährt der Kanzler fort, hat einer amerikanischen Zeitung gegenüber erklärt, daß er den Ton meiner Rede in Genf zwar im allgemeinen nicht leiden könne, daß er aber den darin geäußerten Standpunkt besonders auch im Hinblick auf die Abrüstung als eine angenehme Ueberraschung empfinde. (Stürmisches Hört! Hört! — Lärm und Rufe rechts: „Namen nennen!") Der Kanzler nennt den Namen des Ritters v. Epp, worauf bei den Nationalsozialisten neue lärmende Unterbrechungen eintreten, die mit Zurufen auch von der Regierungsbank beantwortet werden. Als Präsident Löbe die Nationalsozialisten ermahnt, doch nicht dauernd zu provozieren, kommen von den Nationalsozialisten Rufe: „Der Verkehrsminister provoziert!" Das für die deutsche Zukunft und für die deutsche Wirtschaft bedeutsamste Problem, fährt der Kanzler fort, ist

die Reparationsfrage

Herr von Freytagh hat gestern eine Methode angewandt, die sich zwar für vertrauliche Beratungen im Auswärtigen Ausschuß eignen, nicht aber für das Plenum, weil hier die Reichsregierung mit Rücksicht auf alte diplomatische Tradition und Vertraulichkeit der Verhandlungen nicht antworten kann. (Hört! Hört! und Lärm rechts). Herr von Freytagh hat eine Reihe von Behauptungen aufgestellt, die nicht nur die Tatsachen auf den Kopf stellen, sondern mich zweifeln lassen an der Stabilität seines Gedächtnisses. (Heiterkeit.) Er hat sich an Gerüchte gehalten, die nichts mit der Wirklichkeit zu tun haben. Er sowohl wie der Abg. Rosenberg haben so getan, als ob in der ganzen Reparationsfrage es keinen Besuch in Chequers und anschließende Aktionen gegeben habe. Kein politischer Schritt ist in den kritischen Tagen unternommen worden, ohne in engster Fühlung mit der amerikanischen Regierung zu stehen. Damit ist die Behauptung widerlegt, als ob wir durch die Schritte unsererseits die Initiative Hoovers auch nur im geringsten geschädigt oder gestört hätten. Mit dem französischen Ministerpräsidenten habe ich alle schwebenden Fragen besprochen, wenn auch das Abrüstungsproblem bei diesem kurzen Besuch nicht wesentlich vertieft worden ist. Jedermann weiß aber, daß der Zweck meiner Pariser Reise der Vorbereitung der Londoner Konferenz diente, über deren Bedeutung sich Herr von Freytagh gänzlich ausgeschwiegen hat. (Abg. von Freytagh: „Es ist doch nichts dabei herausgekommen!") Ihnen scheinen die ganzen Maßnahmen der Stillhaltekommission mit ihren für Deutschlands Wirtschaft außerordentlich wichtigen Konsequenzen vollständig entgangen zu sein. (Sehr gut bei der Mehrheit.) Seine Bemerkungen über den Layton-Bericht sollte Herr von Freytagh am besten aus dem Stenogramm seiner Rede streichen. (Beifall.) Es ist unglaublich, mit welchem Mangel an Be-